



Gutes Leben, neu berechnet

Während der Finanzkrise ist Deutschland reicher geworden. Auch weil es die Umwelt geschont hat VON PETRA PINZLER

Wie es uns geht? Immer besser! Ausgerechnet in der Finanzkrise ist der wahre Wohlstand der Deutschen gewachsen. Zu diesem überraschenden Ergebnis führt jedenfalls die Berechnung des Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI). Danach hat die Wohlfahrt der Bundesrepublik vor allem in den Krisen Jahren 2008 und 2009 nicht ab-, sondern zugenommen. Anders als die meisten Ökonomen annehmen, ging es dem Land damals nicht schlechter, sondern besser. Und das, obwohl das Bruttoinlandsprodukt (BIP) dramatisch einbrach.

Das NWI-Ergebnis ist nicht nur verblüffend. Es könnte auch die Debatte über den Sinn und die richtige Bewertung von Wirtschaftswachstum weiter befeuern. Bisher messen die meisten traditionellen Ökonomen und auch viele Politiker den Wohlstand eines Landes vor allem durch das Bruttoinlandsprodukt. Wächst das BIP einer Volkswirtschaft, so die Annahme, geht es auch der Bevölkerung besser. Zumindest tendenziell. Das spiegle nur einen »illusionären Wohlstandszuwachs« wider, monieren hingegen die Kritiker dieser Logik. Weder beziffere das BIP den Naturverbrauch, noch beantworte es die Frage, wem der wachsende Wohlstand zugutekomme. Das, was in einem Land dauerhaft ein gutes Leben ermögliche, müsse man anders messen.

Erst am vergangenen Montag hatte dieser Diszens zu heftigem Streit im Bundestag geführt. In der Enquetekommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« hatten sich die Parteien nicht auf ein gemeinsames Papier über den künftigen Stellenwert von Wirtschaftswachstum einigen können. Während Union und FDP betonen, dass das BIP weiterhin ein »guter« Indikator sei, fordern die Oppositionsfractionen eine verstärkte Suche nach Alternativen zur klassischen Wachstumspolitik.

Der NWI soll genau dabei helfen. Der Index, der von Wissenschaftlern der Freien Universität Berlin und der Heidelberger Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft entwickelt wurde, misst gleich drei Komponenten: das wirtschaftliche Kapital, das natürliche Kapital und das soziale. Damit macht er nicht nur den ökologischen Preis des reinen Wirtschaftswachstums stärker sichtbar. Er misst auch die gesellschaftliche Wohlfahrt und damit wichtige Grundbedingungen für ein gutes Leben.

Was kompliziert klingt, wird im Konkreten plausibel: Verschmutzt ein Land seine Flüsse, sinkt das NWI. Das klassische BIP hingegen könnte dies gar nicht beinhalten. Es würde sogar steigen, wenn Unternehmen an der Umweltverschmutzung verdienen. Der NWI steigt hingegen, wenn die Umwelt geschont und beispielsweise weniger CO₂ in die Luft gepustet wird. Oder wenn mehr Men-

schen ehrenamtlich arbeiten. Oder wenn die Ausgaben für Bildung steigen.

Am Beispiel der Krisenjahre werden die Folgen der unterschiedlichen Messmethoden deutlich. Stellt man die Frage, ob wir in der Krise ärmer geworden sind, geben BIP und NWI ganz unterschiedliche Antworten. Traut man dem BIP-Blick,

dann ist unser Wohlstand auf dem Höhepunkt der Krise geschrumpft, schließlich brach die Wirtschaft damals ein. Das NWI dagegen rechnet uns für jene Zeit reicher – aus drei Gründen: Erstens ist der private Konsum nicht eingebrochen, die Menschen leisteten sich also genauso viel wie zuvor. Zweitens schrumpfte der CO₂-Ausstoß, weil einige energieintensive Unternehmen die Produktion reduzierten. Also wurde die Umwelt geschont. Und drittens haben sich mehr Menschen sozial engagiert, auch das schlägt sich positiv nieder.

Der NWI bestätigt damit nicht nur den Eindruck vieler Deutscher, die trotz aller Börsenturbulenzen der vergangenen Jahre das Gefühl hatten, es gehe ihnen und dem Land doch in Wahrheit ganz gut. Es zeigt auch, wie ein anderer Blick auf Zahlen das Urteil über die Wirklichkeit verändern kann.

»Viel zu lange haben Politiker das Wachstum des BIP pauschal begrüßt«, sagt Hans Diefenbacher, einer der Heidelberger Autoren der Studie. Jetzt sei es hingegen an der Zeit, die Frage nach dem Sinn ökonomischen Handelns wieder lauter zu stellen. Schließlich sei es für ein Land entscheidend, in welchen Bereichen es wachse und wie klug es mit seinen Ressourcen umgehe. Diefenbacher und seine Mitautoren Roland Zieschank und Dorothee Rodenhäuser wissen allerdings auch: Irrendem Wachstum brauchen die Politiker, schon

weil das immer noch als Beweis für eine erfolgreiche Politik gilt. Sie haben ihren NWI deswegen so konzipiert, dass auch er steigen kann – durch umweltschonende und wohlfahrtssteigernde Strategien.

»Wir hoffen, so die Debatte über die richtigen politischen Prioritäten in Deutschland befruchten zu können«, sagt Diefenbacher. Wie schwer das allerdings in Vorwahlkampfzeiten ist, zeigte die jüngste Sitzung der Enquetekommission. In der Kommission, die vor zwei Jahren gegründet wurde und in der 17 Politiker und 17 Wissenschaftler gemeinsam nach einem neuen Leitbild für die Wirtschaftspolitik der Zukunft suchen, zerstreiten sich Abgeordnete zunehmend entlang altbekannter Parteilinien. »Ältlich« sei die Debatte, stöhnte einer der Experten, der CDU-nahe Bonner Professor Meinhard Miegel am vergangenen Montag. Und sein Kollege Hanns Michael Hölz kritisierte: Bisher habe man sich nicht auf den Weg gemacht, den Bürgern zu erklären, wie »eine soziale in eine sozial-ökologische Marktwirtschaft« verwandelt werden könne.

Das Forschungsteam um Diefenbacher setzt deshalb erst einmal weiter auf den Überraschungseffekt seiner Zahlen – an anderen Orten. Als Nächstes wird er die NWIs für Bayern, Thüringen und Rheinland-Pfalz ausrechnen. Mal sehen, wer dann reicher ist, als er dachte. Und wer ärmer.

Deutschlands Wohlstand

Der Nationale Wohlfahrtsindex 2.0 —
im Vergleich mit dem
Bruttoinlandsprodukt —

